

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM WINTER 1956/57

Es hat den Anschein, daß die Periode der starken wirtschaftlichen Expansion, die nach der Währungsreform eingesetzt hat, in diesen Wochen zu Ende gegangen ist. Der stürmische Wachstumsprozeß, der auf einem ungeheuren Investitionsbedarf beruhte, von der amerikanischen Marshallhilfe angekurbelt und durch die zunehmende Kaufkraft der breiten Massen gefördert wurde, hat zwar nicht aufgehört, aber doch erheblich nachgelassen. Das Gefährliche an unserer Situation ist, daß dem Rückgang der Zuwachsraten des Sozialprodukts und der Drosselung der Investitionstätigkeit ein anhaltender Preisauftrieb gegenübersteht. Bisher ist es nicht gelungen, einen Weg aus diesem Dilemma zu finden.

Es dreht sich heute darum, den erfreulichen, aber unausgeglichenen Konjunkturaufschwung der letzten Jahre in einen Zustand stabiler Vollbeschäftigung überzuleiten und ein gleichmäßiges, stetiges Wachstum zu gewährleisten. Hier verflochten sich wirtschaftliche, politische und psychologische Faktoren zu einem Knäuel, den man nicht mit ideologischer Dogmatik entwirren kann, sondern nur mit Hilfe einer behutsamen Politik wirtschaftlicher Vernunft. Ob man sich davon in einem Wahljahr viel versprechen darf, steht natürlich auf einem anderen Blatt. Erfolgreiche Politik kann aber auf die Dauer nur betreiben, wer auf der Höhe der Zeit und in der Lage ist, im richtigen Augenblick das Notwendige zu tun. In der labilen Situation, in der sich unsere Wirtschaft nach wie vor befindet, bedeutet das schnelle konjunkturpolitische Reaktionsfähigkeit und Elastizität, die man, wie die Erfahrung lehrt, nicht so sehr von der Bundesregierung erwarten darf, die wohlmeinende Ratschläge gibt und wenig tut, dafür aber um so mehr von der Notenbank, die den Mut zum Handeln hat.

Die Wirtschaftslage

Das Bruttosozialprodukt ist nach vorläufigen Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin¹⁾ von 164 Md. DM im Jahre 1955 um rund 15 Md. auf 179 Md. DM 1956 gestiegen. Dabei hat sich das Preisniveau um durchschnittlich 2,5 vH erhöht. Der reale Zuwachs betrug demnach etwa 6 vH (gegenüber 11 vH ein Jahr früher). Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat um 5 vH zuge-

nommen, so daß sich für die Vergrößerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz der — etwas problematische — Satz von 1 vH ergibt (Industrie: je Beschäftigten 2 vH, je Arbeiterstunde dagegen 5 vH).

Das Wachstum des Sozialprodukts von 11 vH im Jahre 1955 war so außergewöhnlich hoch, daß eine Fortsetzung in diesem Umfang von vornherein undenkbar war. Dafür sprach schon die 1956 wirksam gewordene Verknappung der Arbeitskräfte. Da die Investitionskonjunktur sich infolge überoptimistischer Erwartungen der Unternehmer erhitzte und die Preisentwicklung bedrohliche Formen annahm, sorgte zudem die Notenbank für eine Abkühlung des ungesunden Klimas. In der gleichen Richtung wirkten die Überschüsse der öffentlichen Kassen. Da die Unternehmer — vor allem in den Investitionsgüterindustrien — ihre Kapazitäten zu stark ausgedehnt hatten, liefen sie Gefahr, sie nicht mehr voll auslasten zu können und in Absatzschwierigkeiten zu geraten. Sie übten deshalb beim weiteren Ausbau ihrer Anlagen größere Zurückhaltung. Auch die Anziehungskraft der degressiven Abschreibung ließ nach. Eine Revision der Investitionsprogramme war unumgänglich. Die Bruttoanlageinvestitionen wiesen 1956 denn auch eine reale Zuwachsrate von 6,5 vH auf. Im ersten Quartal hatte der Fortschritt noch 12 vH betragen.

Zum Ausgleich hat sich der private Verbrauch dank der Steigerung der Masseneinkommen, die auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik, auf Sonderzahlungen an Versorgungs- und Rentenempfänger und die im Oktober fällig gewordene Steuersenkung zurückzuführen ist, vor allem in den letzten Monaten beträchtlich erhöht. Bei verringerter Spartätigkeit (seit der zweiten Dezemberhälfte steigen die Spareinlagen wieder an) haben die Einzelhandelsumsätze 1956 um 12 vH zugenommen.

Das Schwergewicht des gesamtwirtschaftlichen Wachstums hat sich von den Investitionsgüter- und den Grundstoffindustrien, die die wichtigsten Träger der industriellen Expansion und Zentren der Überhitzungserscheinungen waren, auf die Verbrauchsgüter- und die Nahrungs- und Genußmittelindustrien verlagert. Die *Grundstoffindustrien*²⁾ konnten ihre Produktion gegenüber 1955 um 7,1 vH erhöhen (1954/55: 15,9 vH). Im zweiten Halbjahr 1956 wiesen viele Bereiche nur noch kleine Zuwachsraten auf. Die Kohlenförderung nahm kontinuierlich zu und war um 4,9 vH höher als im Vorjahr. Das Preisniveau hat sich hier allerdings um 12 vH erhöht. In den *Investitionsgüterindustrien* betrug die Steigerung der Produktion 9,2 vH gegenüber 22,8 vH im Vorjahr. Die Zuwachsraten gingen rapide zurück. Sie lagen im ersten Halbjahr über 13 vH, im Oktober bei 2 vH und im November bei 3 vH. Die Produktion der *Verbrauchsgüterindustrien*

1) Siehe Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Nr. 1/2 vom 8. Januar 1957, Seite 1.

2) Die folgenden Angaben sind dem Wochenbericht des DIW, a.a.O., Seite 2/3, entnommen.

erhöhte sich um 9,2 vH, gegenüber 11 vH im Vorjahr; bei den *Nahrungs- und Genußmittelindustrien* waren es 7,3 vH gegenüber 9,9 vH 1955. Diese beiden Wirtschaftszweige konnten ihre Wachstumsraten also beinahe halten.

Die zunehmende Massenkaufkraft hat zu einer Verschiebung des Konsums auf langlebige Verbrauchsgüter geführt, die zum Teil von den Investitionsgüterindustrien hergestellt werden. Das gilt insbesondere für die elektrotechnische Industrie und den Fahrzeugbau. „Die befürchteten Einflüsse des stark steigenden Lohnniveaus auf die Preisentwicklung wurden durch diese strukturellen Verschiebungen zum großen Teil neutralisiert, wobei einerseits die Nachfrage nach traditionellen Verbrauchsgütern weniger rasch stieg, als die Kapazitäten der diese Güter erzeugenden Zweige zunahm, andererseits die rasch zunehmende Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern — bei zum Teil noch sinkenden Preisen bzw. jedenfalls weiterhin steigender Qualität der Erzeugnisse — von den Produzenten ohne nennenswerte Schwierigkeiten befriedigt werden konnte.“³⁾ Die Erhöhung der Löhne und Gehälter hat also nicht zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt, sondern sich im Gegenteil als Stütze der Konjunktur erwiesen und zur Überwindung der Disproportionalitäten des Aufschwungs beigetragen.

Die Produktion der *gesamten Industrie* ist um rd. 8 vH gestiegen. Die Zunahme war beinahe um die Hälfte geringer als im Vorjahr (15 vH). Sie ist, von 1951/52 abgesehen, die niedrigste seit der Währungsreform. Im Vergleich zum Stand der entsprechenden Vorjahreszeit war der Index der Industrieproduktion im November um 4 vH, im Dezember noch um 3 vH höher, im dritten Quartal hatte die Zuwachsrate 7 vH betragen, in der ersten Hälfte des Jahres 10 vH. Gegenüber dem Höhepunkt der Frühjahrsbelebung im Mai 1956 betrug die Zunahme im November 6 vH, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres 12 vH ausgemacht hatte. Die Industrieproduktion ist also auf dem Stand des Frühjahrs 1956 stehen geblieben⁴⁾. — Die Abschwächung der Konjunktur hat sich auch auf dem *Arbeitsmarkt* ausgewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen ist bis zum 31. Dezember auf 1,08 Millionen gestiegen und war damit höher als zum gleichen Zeitpunkt 1955.

Die *Preise* sind auf breiter Front gestiegen; die industriellen Erzeugerpreise stärker als die Einzelhandelspreise. Die Preisbewegungen für landwirtschaftliche Produkte haben sich nach dem stürmischen Auftrieb im 1. Halbjahr 1956 einigermmaßen beruhigt. Der Index für die Lebenshaltung ist 1956 um 2 Punkte gestiegen. Teilweise ist diese Preisentwicklung auf politisch bedingte Weltmarkteinflüsse zurückzuführen,

teilweise sind saisonale Gründe dafür verantwortlich; nicht zuletzt handelt es sich um Aufschläge, die zwar mit höheren Kosten begründet werden, deren Ausmaß aber in keinem gerechtfertigten Verhältnis zu der tatsächlichen Mehrbelastung steht. Die Tendenz ist weiter aufwärts gerichtet. Es ist unverkennbar, daß der Widerstand gegen überhöhte Preisforderungen weiter nachgelassen hat.

Das veränderte Investitionsklima und die Verlagerung der konjunkturellen Gewichte zeigt sich auch in den *Auftragseingängen*. Die Inlandsaufträge sind entgegen der saisonüblichen Tendenz im Oktober um etwa 10 vH zurückgegangen. Der Rückgang konnte auch durch die starke Zunahme der Auslandsorders nur teilweise kompensiert werden. Im November sind die Bestelleingänge jedoch wieder sprunghaft angestiegen. Der Gesamtindex war gegenüber dem Vorjahr um 11,4 vH höher (im Oktober 1,2 vH, im September 2,9 vH). Die stärkste Zunahme verzeichneten die Verbrauchsgüterindustrien. Bei diesen übertrafen die Inlandsbestellungen mit Abstand die Aufträge aus dem Ausland, in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien dagegen war das Verhältnis gerade umgekehrt; doch machte sich auch hier eine Belebung der Inlandsnachfrage bemerkbar. Diese Zunahme scheint aber vorübergehender Natur zu sein.

Neben der hohen Inlandsnachfrage nach Verbrauchsgütern ist die *Ausfuhr* die wesentliche Stütze der Konjunktur. Die an sich schon hohe Exportquote ist weiter angeschwollen. Im Vergleich zum 3. Quartal 1955 hat der Auslandsabsatz der „Industrie um nicht weniger als 23 vH zugenommen (Inlandsabsatz 7,8 vH). Im Dezember sind die Exporte über die 3-Md.-Grenze hinausgegangen.

Damit haben sich auch die Devisenüberschüsse erhöht (der Gold- und Devisenbestand der BdL hat zum Jahresabschluß 18 Milliarden D-Mark überschritten), so daß der Liquiditätszufluß aus dieser Quelle erhalten blieb. Die Geschäftsbanken sind flüssig wie nie zuvor. Im Dezember hat sich die Bankenliquidität wegen des hohen Bargeldbedarfs und des großen Steuertermins zwar vermindert, die Anspannung war aber bei weitem nicht so stark wie in den Vorjahren.

Im Kreditgeschäft hielten sich die Banken zugunsten der Liquiditätshaltung zurück. Die Bank deutscher Länder führt die Ruhe in der Kreditentwicklung auf die Inanspruchnahme ausländischer Kreditfazilitäten zurück. Daneben habe der günstige Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz eine Abschwächung des Kreditvolumens heraufbeschworen. Zwischen dem Umstand, daß die Netto-Devisenankäufe des Zentralbanksystems mit 4,4 Milliarden DM in den ersten elf Monaten 1956 um mehr als das Zweieinhalbfache höher waren als im Vorjahr und der erheblich reduzierten Expansion der kurzfristigen Wirtschaftskredite be-

3) Siehe Wochenbericht a.a.O., Seite 3.

4) Vgl. hierzu Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1956, Seite 25.

stehe auf jeden Fall ein enger Zusammenhang. Eine Rolle habe außerdem die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte gespielt, die in letzter Zeit keine Gelder mehr stillgelegt haben, sondern in zunehmendem Maße die Einkommensentwicklung förderten⁵⁾.

Trotz der beträchtlichen Verringerung der Zuwachsraten der industriellen Produktion hält das Bundeswirtschaftsministerium es für übertrieben, von einer Stagnation des wirtschaftlichen Fortschritts zu reden. Der kräftig ansteigende Konsum sei genügend stark, um den Wachstumsprozeß in Gang zu halten und zu gegebener Zeit auch die Investitionen wieder anzuregen. Auch wenn man nicht der Meinung ist, daß die westdeutsche Konjunktur im gegenwärtigen Augenblick eines stärkeren Impulses bedarf, wäre es doch verfehlt, sich bei der Stabilisierung der Verhältnisse ganz auf die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft zu verlassen, denn die Unternehmerwirtschaft bringt aus sich heraus nun einmal keine Ordnungsfaktoren hervor, „die einem Konjunkturauf- oder -abschwung mit Sicherheit Maß und Grenze setzen“ (Gerhard Kroll).

Konjunkturpolitik

Die konjunkturelle Beruhigung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir noch keineswegs aus allen Nöten heraus sind. Die nach dem horrenden Weihnachtsgeschäft einsetzende rücksichtslose Preishausse gibt zu Sorgen Anlaß. Angesichts der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Unsicherheit können sich von heute auf morgen binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben, die handfeste Maßnahmen von Notenbank und Bundesregierung erforderlich machen. Es bedarf geschickten Taktierens, wenn wir uns der von draußen kommenden inflationistischen Einflüsse auf die Dauer erwehren wollen. Ob das überhaupt möglich ist, erscheint bei unserer engen Verflechtung mit dem Ausland fraglich, zumal politische Ereignisse, die in der Regel expansive Konsequenzen haben, wieder stärker das wirtschaftliche Geschehen bestimmen, als es in den letzten Jahren der Fall war.

Daß die Notenbank den Diskontsatz mit Wirkung vom 11. Januar nur um 0,5 vH auf 4,5 vH herabgesetzt und gleichzeitig eine gewisse Erschwerung des Exports beschlossen hat, die am 1. April dergestalt wirksam wird, daß Exporttratten erst zum Termin der Versendung der Ware und nicht mehr bei Auftragserteilung gezogen werden können, ist als Zeichen einer realistischen Einschätzung der Lage zu werten. Diese zweite Milderung des restriktiven Kurses innerhalb der letzten vier Monate darf nicht als Übergang zu einer Politik des billigen Geldes verstanden werden. Ausgehend von dem Grundsatz, daß der Diskont

nicht höher gehalten werden soll, als währungs- und geldpolitisch unbedingt notwendig ist, hat sich die Notenbank — beweglich wie sie ist — mit ihrem Schritt der wirtschaftlichen Gesamtsituation und der Geldmarktlage angepaßt, die Ausdruck der durch die steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand und die anhaltenden Außenhandelsüberschüsse hervorgerufenen großen Liquidität ist. Diese Maßnahme ist dazu angetan, das internationale Zinsgefälle abzuflachen und den Anreiz zur Inanspruchnahme billigerer ausländischer Kredite durch deutsche Firmen zu verringern.

Es sollte aber wohl auch die Investitionstätigkeit angeregt werden, um die Vollbeschäftigungspolitik aufrechterhalten zu können und zu verhindern, daß die Arbeitslosigkeit allzu sehr über das saisonal Übliche hinausgeht. Die Diskontsenkung wird schließlich — so ist zu hoffen — dem Kapitalmarkt eine Stütze geben und eine kleine Erleichterung für den Wohnungsbau bringen.

Aber nicht nur die Konstatierung wirtschaftlicher Tatsachen dürfte den Zentralbankrat zu seiner Kreditverbilligung veranlaßt haben, sondern auch die Überlegung, daß er mit den Mitteln der Mindestreserverhöhung und der Offenmarktpolitik zur Zeit besser auf die Wirtschaft einwirken könne als mit der Diskontpolitik. Bei der extremen Geldflüssigkeit hatte man als Gegengewicht zu der Diskontsenkung, zunächst mit einer Erhöhung der Mindestreserven gerechnet, wodurch alle Kreditbanken gezwungen worden wären, einen höheren Prozentsatz ihres Kreditvolumens als Barreserve bei der Notenbank zu halten. Der Bankrat hat auf diesen drastischen Eingriff — vorläufig — verzichtet, weil ihm der Bundesfinanzminister die schon lange gewünschte Erweiterung des Spielraums der Offenmarktpolitik ermöglicht hat. Der für den Umtausch von Ausgleichsforderungen in Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen verfügbare Betrag ist von bisher 2 auf 3 Milliarden DM aufgestockt worden, ohne daß Schäffer von seinem fragwürdigen Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht. Dieser Kompromiß gilt allerdings nur bis Ende Juni 1957, weil Schäffer jede Präjudizierung der im kommenden Notenbankgesetz zu schaffenden endgültigen Regelung der Offenmarktpolitik vermeiden möchte. Im Frühjahr wird der Kampf um das Selbsteintrittsrecht erneut entbrennen. In der ersten Januarhälfte hat die Notenbank über 600 Mill. DM Goldmarkpapiere am offenen Markt verkauft und damit in entsprechendem Umfang Liquidität abgesaugt.

Die kreditpolitischen Maßnahmen der Notenbank werden allein nicht genügen, um die andauernden Leistungsbilanz- und Devisenüberschüsse und die von dieser Seite herrührenden Preisauftriebendenzen zu neutralisieren. Sie müssen — wie oft ist das schon gesagt worden! — durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, ins-

5) Vgl. Monatsbericht der BdL a.a.O., Seite 8.

besondere durch eine Kursänderung der deutschen Handels-, Zoll- und Einfuhrpolitik, unterstützt werden. Die Bundesregierung hat sich zu einer verhaltenen Initiative in dieser Richtung aufgerafft. Das Bundesernährungsministerium will in absehbarer Zeit 6000 Tonnen Fleischkonserven hereinlassen, um einen Preisdruck auf dem Fleischmarkt auszuüben. Auch das Bundesfinanzministerium will etwas zur Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise unternehmen. Im ersten Quartal 1957 sollen die Zollsätze für Bohnen, Erbsen und Spinat (gefroren) von bisher 30 auf 10 vH, für zubereitete Bohnen, Erbsen und Spinat von 30 auf 20 vH gesenkt werden. Das ist wenigstens ein Ansatz zu einer etwas verbrauchergerechteren Handhabung der landwirtschaftlichen Marktordnung. Erstaunlicherweise hat der Bundesrat sich gegen die Herabsetzung dieser Zollsätze ausgesprochen.

Inzwischen hat die Regierung im Bundestag einen Vorstoß unternommen, um die Ermächtigung zu erhalten, Saisonzölle für Güter des Ernährungssektors durch Rechtsverordnung bis auf den jeweils niedrigsten Satz ermäßigen und so auf Änderungen der Marktlage schnell reagieren zu können. Die Mehrheit der Koalitionsparteien hat sich bisher jedem Ansinnen dieser Art kategorisch widersetzt. Es wäre an der Zeit, diese Obstruktion aufzugeben.

Lohn- und Arbeitszeitpolitik

Die Stabilität der Währung wird gefährdet, wenn die in einer Volkswirtschaft zirkulierende Geldmenge das Güterangebot übertrifft. Für das Eintreten dieses Tatbestandes kann man aber nicht gut die gewerkschaftliche Lohnpolitik verantwortlich machen. In der anti-gewerkschaftlichen Argumentation bleibt - die durch den Exportsog und die dadurch ausgelöste Geldschwemme sowie die durch das Abfließen der stillgelegten Mittel der öffentlichen Hand bewirkte Geldschöpfung meist unerwähnt. Man verweist fast ausschließlich auf die Lohnerhöhungen, die angeblich das künftige Wohl der Gesamtheit in Frage stellen und das wirtschaftliche Gleichgewicht stören. Das geht so weit, daß man die Überhitzungserscheinungen der letztjährigen Investitionskonjunktur auf die „Kaufkraftübersteigerungen“ zurückführt.

Gegen die von den Gewerkschaften durchgesetzten Lohnerhöhungen ist wirtschaftlich um so weniger einzuwenden, als auch der Vergleich zwischen den Zuwachsraten der Produktivität und den Bruttostundenlöhnen in der Industrie auf lange Sicht durchaus positiv ausfällt. Die Besorgnisse der Unternehmer sind unbegründet. In den Jahren 1949 bis 1955 war die Produktivitätssteigerung zeitweilig stärker als die Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen, teilweise blieb sie hinter der Lohn- und Gehaltsentwicklung zurück. „Ein solches zeitweises

Auseinanderlaufen der Entwicklungskurven und speziell auch ein zeitweises stärkeres Ansteigen der Löhne ist — wie sich auch aus entsprechenden Erfahrungen aus anderen Zeiten und Ländern entnehmen läßt — nicht grundsätzlich bedenklich“⁶⁾. In den vergangenen sieben Jahren hat sich die Paralleltät zwischen Lohn und Produktivität im ganzen gehalten. Das ist entscheidend. Die Bruttolöhne sind sogar um rund 5 vH hinter der Produktivitätszunahme zurückgeblieben; legt man die Real-löhne zugrunde, vergrößert sich der Abstand auf 13 vH.

Nach den Lohnwellen von 1954 und 1955, die ansehnliche Einkommenserhöhungen gebracht haben, hat sich das Schwergewicht der tarifpolitischen Aktivität der Gewerkschaften ab Mitte 1956 auf die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich verlagert. Reine Lohnerhöhungen sind dahinter zurückgetreten. Die Lohnsummenstatistik, die leider nicht aktuell sein kann, ergab für den Monat August 1956, für den bisher endgültige Ergebnisse vorliegen, einen Bruttostundenverdienst der Männer von durchschnittlich 216,8 Pf und der Frauen von 137,3 Pf. Der Steinkohlenbergbau steht mit 258,9 Pf an erster Stelle. Ihm folgen die eisenschaffende Industrie mit 256,4 Pf, das Buchdruckergewerbe mit 242,6 Pf, das Flachdruckgewerbe mit 237,6 Pf und die Gießereiindustrie mit 236,8 Pf. Ein durchschnittlicher Stundenverdienst von mehr als 2 DM war noch in weiteren 10 Gewerbegruppen zu beobachten, unter zwei D-Mark lagen 14 Gruppen. Der höchste Stundenverdienst der Frauen wurde in der eisenschaffenden Industrie mit 185 Pf, der geringste in der papierverarbeitenden Industrie mit 117,3 Pf erreicht⁷⁾.

Bis Ende November 1956 waren etwa 11 Millionen Arbeitnehmer, das sind rund 70 vH aller im Bundesgebiet und in West-Berlin beschäftigten Arbeiter und Angestellten, an Tarifbewegungen beteiligt, die unter Einbeziehung des Lohnausgleichs für die Arbeitszeitverkürzungen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8,1 vH ergaben. Die tariflichen Monatsgehälter wurden um 6,1 vH erhöht. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund mitgeteilt hat, sind seit Verkündung des Aktionsprogramms bis 30. November 1956 für rund 5,5 Millionen Arbeitnehmer Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen worden. Für rund 4 Millionen wurde die neue Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich festgesetzt. Inzwischen sind erneut zahlreiche Tarifverträge gekündigt worden, die für einen weiteren Teil der westdeutschen Arbeiter und Angestellten, vor allem aber auch der Beamten, höhere Löhne und Gehälter und kürzere Arbeitszeiten bringen werden. Das Aktionspro-

6) Siehe hierzu Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 4 vom 8. I. 1957, S. 43.

7) Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 235 v. 15. Dezember 1956.

gramm des DGB geht unaufhaltsam seiner Verwirklichung entgegen.

Als das Programm vor zwei Jahren verkündet wurde, schien es unwahrscheinlich, daß es wegen seiner ausgesprochen sozialpolitischen Kapitel einmal zu ernststen Auseinandersetzungen kommen würde. Um so schwerer wiegt der ein Vierteljahr dauernde Streik der 32 000 schleswig-holsteinischen Metallarbeiter, der sich an der Weigerung der Arbeitgeber entzündete, sozialen Verbesserungen zuzustimmen, die insgesamt eine Mehrbelastung von 0,41 vH des Umsatzes oder 3,23 vH der Brutto jahreslohnsumme ausgemacht hätten und ohne nennenswerte Schwierigkeiten zu verkraften gewesen wären. Dieser Ausstand kennzeichnet einen neuen Aspekt der modernen gewerkschaftlichen Strategie. Er ist der weithin sichtbare Ausdruck für die Hinwendung der Gewerkschaften zur kämpferischen Verwirklichung des Anspruchs der Arbeiterschaft auf würdigere Lebensverhältnisse und ein höheres Maß an sozialer Sicherheit. Daß sie damit auf dem richtigen Wege sind, hat dieser Streik bewiesen. Die Metallarbeiter — und ihre Frauen — hätten kaum 14 Wochen unbeirrt durchgestanden, wenn es hier nicht wirklich um zentrale Forderungen gegangen wäre, die über die sozialpolitische Problematik hinaus mit einem gesteigerten gesellschaftlichen Selbstbewußtsein zu tun haben.

Haushaltspolitik

In seiner Etatrede hat der Bundesfinanzminister erklärt, daß wir allmählich in eine Lage kommen, die die Möglichkeit zusätzlicher Ansprüche an den Staat geringer werden läßt. Sie zwingt zu der Erkenntnis, daß die öffentliche Hand Aufgaben nur in dem Maße erfüllen kann, als echte Erträge aus Steuern, Abgaben und sonstigen Einnahmen zur Erfüllung laufender Ausgaben zur Verfügung stehen. Die Mahnung zur Sparsamkeit ist in einem Wahljahr besonders wichtig, weil die Versuchung, durch Großzügigkeit in der Realisierung von Interessentenwünschen die Gunst vieler Wähler zu erwerben, die Standfestigkeit der Parlamentarier einer stärkeren Belastungsprobe aussetzt als sonst. Schäffer hat vorsichtshalber gedroht, daß er mit allen Kräften, unter Einschluß der Bestimmungen des Artikels 113 GG, den Ausgleich des letzten Haushalts dieser Legislaturperiode verteidigen wird.

Der Bundeshaushalt 1957/58 weist in Einnahmen und Ausgaben eine Höhe von 34,35 Md. D-Mark auf. Auf den ersten Blick scheint sich das Volumen gegenüber 1956/57 (mit 35,05 Md. D-Mark) verringert zu haben. Diese Reduzierung ist aber lediglich auf den Fortfall der alliierten Überhangmittel zurückzuführen, die den außerordentlichen Haushalt durchlaufen haben. Der ordentliche Haushalt ist fühlbar um 1,7 Md. DM von 31,5 auf 33,2 Md. DM angewachsen.

Unter Zugrundelegung einer Zuwachsrates des Bruttosozialprodukts von 8 vH rechnet das Bundesfinanzministerium mit Steuermehreinnahmen gegenüber 1956 von 1,4 Md. DM. Insgesamt werden an Einnahmen aus Bundessteuern 22,37 Md. DM, aus dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer 4,91 Md. DM, zusammen also 27,28 Md. DM erwartet. Die anderen ordentlichen Einnahmen ergeben 1,54 Md. DM. Der Ausgleich des Haushalts konnte nur durch die Inanspruchnahme von 2,2 Md. DM aus der „Bundesrücklage“, durch eine Kürzung der Ansätze des ordentlichen Etats um 5 vH (= 300 Mill. DM) und durch Veranschlagung einer Anleihe im Betrage von 1,13 Md. DM erzielt werden. Vorher schon waren die Mehrforderungen der Ressorts von über 6 Md. DM rücksichtslos zusammengestrichen worden.

Das entscheidende Handicap der Haushaltsvorlage ist die Deckung des rechnerischen Defizits von 2,2 Md. DM durch einen Rückgriff auf den sogenannten Juliusturm. Im Augenblick machen sich die Folgen dieses Finanzgebarens noch nicht allzu störend bemerkbar, weil die wirklichen Kassenausgaben hinter den Etatansätzen zurückbleiben, wie das auch in den letzten Jahren der Fall war. Für Verteidigungszwecke, auf die sich die Diskrepanzen im wesentlichen beschränken, sind die schon gewohnten 9 Md. DM eingesetzt worden, ausgegeben werden aber höchstens 5 Md. D-Mark. Im nächsten Jahr wird der Abstand zwischen Etatansatz und effektiven Ausgaben schon wesentlich geringer sein. Die Entnahmen aus den Kassenrücklagen sollen zwar durch entsprechende Einfuhren und durch Schuldentrückzahlungen an das Ausland in ihren Auswirkungen auf den Binnenmarkt kompensiert werden, die Erfahrungen belehren uns aber eines anderen. Ganz wohl ist es auch Schäffer bei dieser „Abtötung von Ausgabe-resten“ nicht. Denn er fragt sich, ob wir uns nicht für 1958 und die folgenden Jahre durch die sich häufenden Verpflichtungen Schwierigkeiten schaffen, deren Behebung nur auf grundlegend neuen Wegen möglich ist. Die Gesamtsumme der bisherigen Haushaltsmittel und Bindungsermächtigungen für die Rüstung betragen jetzt schon 19 Md. DM. Sie werden nach Verabschiedung des neuen Verteidigungsetats 30 Md. DM erreichen. Trotz dieser Lawine, die eine eklatante Bedrohung unserer Währung darstellt, denkt die Bundesregierung jedoch nicht daran, eine Änderung ihrer Rüstungspolitik in Erwägung zu ziehen.

Die Sozialausgaben schließen mit 11,32 Md. D-Mark ab und sind damit um rund 458 Mill. höher als im gegenwärtigen Rechnungsjahr. Die Aufwendungen für den Wohnungsbau belaufen sich auf 1,45 Md., das sind 370 Mill. mehr als jetzt aufgebracht werden. Dem sozialen Wohnungsbau sollen davon rund 700 Mill. zur Verfügung gestellt werden. Weitere 458 Mill. gehen

an Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Die Ausgaben für Verkehrsinvestitionen sind von 1,44 auf 1,76 Md. DM gestiegen. Der Landwirtschaftsetat hat ein Volumen von 1,54 Md. DM. Für den „Grünen Plan“ ist der Vorjahresbetrag von 615,5 Mill. DM eingesetzt worden, eine Summe, bei der es wahrscheinlich nicht bleiben wird, obwohl die weiterwirkenden Gesamtleistungen auf Grund des „Grünen Berichts“ insgesamt 891 Mill. DM ausmachen. Für Entwicklung und Forschung will der Bund rund 350 Mill. DM aufwenden. Für die Bundeshilfe an Berlin sind mit 850 Mill. DM erstaunlicherweise 100 Mill. DM weniger angesetzt als im Vorjahr.

Trotz Schäffers Warnungen vor Ausgaben-erhöhungen steht heute schon fest, daß dieser „Haushalt der Stabilität und sozialen Sicher-

heit“ einschneidende Änderungen erfahren wird. Bereits jetzt sind Forderungen für eine bessere Versorgung der Kriegsoffer angemeldet worden. Die Landwirtschaft ist, wie könnte es auch anders sein, mit den Ansätzen nicht zufrieden. Der Sozialhaushalt muß erhöht werden. Die Mittel für die Beamtenbesoldung reichen nicht aus, weil Schäffer von falschen Voraussetzungen für das notwendige Ausmaß der fälligen Gehaltserhöhungen ausgegangen ist. Die Beträge für die Forschung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dürften aufgestockt werden. Die Kosten für die Eingliederung der Saar, die überhaupt nicht berücksichtigt wurden, werden in einer Größenordnung von 350 Mill. DM zu Buche schlagen. Der Gesamtbetrag der zusätzlichen Ansprüche wird auf 2 Md. DM geschätzt.

Richard Becker